



Endliche Reste

Lebensmittelspenden sind gefragt wie nie. Inzwischen konkurrieren die Verwerter von Resten miteinander. **Seite 2**



VON ELENA TERNOVAIA, EIGENES WERK, CC BY-SA 3.0, SAHRI/UT
FOTOGRAFON: WIMMEDIACONCEPT/PHOTODISC/12

Endlich schrumpfen

Mit dem Kapitalismus kann die Klimawende nicht gelingen. Planwirtschaft soll es richten. Eine Rezension. **Seite 3**



Endlose Alternativen

Großes I, Unterstrich, oder Gendersternchen – über Sprache lässt sich streiten. Ein Debattenbeitrag. **Seite 4**

Viertel

Schon bezahlt

Zeitung für Stadtteilkultur und mehr

Nr.48 | Winter 2022/23

Nicht am falschen Ende

An Dusch-Spartipps fehlt es nicht – aber was ist eigentlich mit den Rasenheizungen am Golfplatz, fragt Annelie Buntenbach

Na, die warmen Pullover und die Socken für den Winter schon in Gebrauch? Nicht die für den Waldspaziergang, sondern für die kaum geheizte Wohnung. Schließlich müssen wir alle sparen...! An guten Tipps dafür mangelt es jedenfalls nicht. »Mehr als 80 Millionen Menschen leben in Deutschland – und wir alle können etwas beitragen, damit (...) wir das Klima schützen«, heißt es auf der Webseite des Wirtschaftsministers.

Mit dem Privatflugzeug nach Sylt

Wir alle? Etwas? Es geht auch etwas genauer. Einige wenige von den 80 Millionen könnten erheblich mehr beitragen als andere. Die reichsten zehn Prozent der Haushalte beanspruchen mit 23 Prozent einen genauso großen Anteil am Energieverbrauch wie die unteren 40 Prozent zusammen. Würde das obere Zehntel seinen Verbrauch auf das Niveau von Haushalten mit mittlerem Einkommen runterfahren, wäre schon mehr als ein Viertel bei den privaten Haushalten eingespart. Verzicht werden müsste dann auch, aber auf gut geheizte Villen und Pools, auf pfeilschnelle Sportwagen und die Spritztour mit dem Flieger. Der Einkauf nach New York oder mit dem Privatflugzeug zur Party nach Sylt wäre passé.

Statt aber die Reichen unter Druck zu setzen, hagelt es Sparappelle für alle. Für die, die jetzt schon nicht wissen, wie sie mit ihren niedrigen Einkommen über den Monat kommen sollen, klingt das nach Drohung oder Hohn. An der teuren Heizung sparen sie schon lange, wobei sie als Mieter gar keinen Einfluss auf Dämmung, Fenster oder die Wahl der Heizungsanlage haben. Und Geld, um sich statt der alten Energieschleudern endlich die empfohlenen Geräte »mit der besten Effizienzklasse« zu kaufen, gibt ihnen niemand.

Dass die Regierung angesichts galoppierender Preise Entlastungen beschließt, ist gut. Sozial gerecht geht es dabei allerdings nicht zu. Etwa drei Viertel der eingesetzten Milli-



JOCHEN GEILEN, PVC-STICH

arden werden nicht an die armen Haushalte fließen, sondern an die Einkommensgruppen, die darüber liegen. Außerdem: Der gedeckelte Gaspreis für die 80 Prozent des Vorjahresverbrauchs sind für die, die schon lange nach Kräften sparen, weil sie sich gar nichts anderes leisten können, kein Energiesparreiz, sondern eine Schuldenfalle.

Geld für soziale Gerechtigkeit!

Die Schere zwischen arm und reich geht seit Jahren immer weiter auseinander. Die reichsten zehn Prozent besitzen mehr als zwei Drittel des Vermögens in Deutschland. Die Corona-Pandemie war für die oben ein Goldrausch. Unten hat sie viele um die Existenz gebracht. 13,8 Millionen Menschen müssen derzeit zu den Armen gezählt werden. 600.000 mehr als vor der Pandemie.

Das schreit nach Umverteilung – so sehr, dass selbst der sonst so neoliberale Sachverständigenrat eine Reichensteuer empfiehlt, wenn auch befristet. Verkehrte Welt, wo

doch sonst kaum jemand öffentlich über den immensen Reichtum in der Hand von wenigen spricht.

Nötig sind wirksame und gezielte Maßnahmen der Umverteilung. Am oberen Ende eine höhere Vermögens- und Erbschaftssteuer, ein Spitzensteuersatz und eine Übergewinnsteuer. Und die Steuerschlupflöcher endlich schließen. Am unteren Ende statt Gießkannenpolitik gezielte Unterstützung für diejenigen, die es brauchen. Nur wer die Reichen in die Verantwortung nimmt, hat das Geld und die Legitimation, auch anderen etwas zuzumuten. Wer 100 Milliarden für Hochrüstung mobilisiert, hat allerdings auch auf Jahre das Argument verspielt, für die Bekämpfung von Armut und für soziale Gerechtigkeit sei kein Geld da.

Konsequentes Handeln, um das Klima, das Ökosystem vor dem absehbaren Kollaps zu schützen, ist überfällig. Und da sind wir alle gefordert, keine Frage.

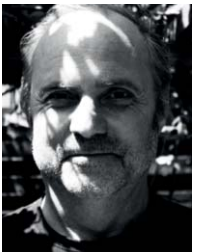
Aber die Sparaufforderung an alle darf nicht zu dem Fußabtreter werden, unter den die Regierung alles kehrt, was sie gegen die größten Klimawirer nicht unternimmt.

Dabei geht es nicht nur um die Rasenheizung für Golfplätze und Shopping-Flüge. Ein Tempolimit etwa würde uns sofort den Klimazielen ein ganzes Stück näherbringen. Auch das Militär ist ein Klimawirer, über den nicht geredet wird. Es ist nicht nur tödlich für die Menschen, sondern auch fürs Klima. Aber von dem irrsinnig hohen CO₂-Ausstoß von Panzern und Kampffliegern, den Klimakosten von Rüstung und Krieg findet sich in keiner Klimabilanz etwas wieder.

Ich habe mich noch nicht entschieden, ob ich mich am Wochenende in der kühlen Wohnung in die Decke rolle und »eat the rich« gucke. Oder ob ich meinen Winterpullover anziehe und meinen Ärger auf die Straße trage. Natürlich nicht mit den Rattenfängern von rechts außen, sondern mit all denen, die für mehr Solidarität in dieser Republik streiten.

► wörter davor

Das zentrale Thema dieser Ausgabe ist das »Sparen«. Möglicherweise fällt das auf. Diese »Viertel« erscheint ausnahmsweise vierseitig. Also als Achtel. Sozusagen. Es geht uns um mehr – dieses Weniger.



Um Näheres zu erklären, entführe ich in die »Heimatstube« von Finnentrop. Dort liegt ein Objekt aus, das als erster Sparschäler gilt, den die Welt gesehen hat. Ein Pffikus aus Finnentrop hat ihn ersonnen. Wobei ihm damals gleich die Bedenken um die Ohren flogen: »Wat hasse von son Schnickschnack«, wollten seine sauerländischen Nachbarn wissen. »Mehr Kartoffel!«, erklärte der Pffikus. Seine Nachbarn hatten ihre Schweine im Stall, wo sie mit billigem Abfall gutes Geld machen konnten. Damals warfen sie den Sparschäler auf den Misthaufen.

Wie steht es um das Sparen? In einer Welt, in der so viel an Abfall für was Systemrelevantes gehalten wird. Wenn nur das Geld stimmt. Das gilt es zu hinterfragen, und dies am besten sinnlich erfahrbar. In Form einer leichteren Zeitung. Die das Gewicht auf die Inhalte lenkt. Dennoch gönnen wir uns das lockere Spielbein, um uns in pointerter Weise dem Gendersternchen zuzuwenden. »Wir sparen uns das« haben wir uns gesagt, und damit auch die Anzeigen weggelassen. Um einer Tatsache Nachdruck zu verleihen: eine Zeitung ist unabhängig, hier macht niemand mit Meinungsmache sein G'schäfte. So dass wir hier mit vollem Ernst erklären: Im selbstbewusstesten Sparen liegt vor allem diese Botschaft begründet. Weniger für die Schweine!

Für die Redaktion, Bernd Kegel

► vorlaut

Das Gehirn

Mit dem Gehirn denkt man, das man denkt. Außerdem wird es für die Kopfschmerzen gebraucht. Es sitzt im Kopf, direkt hinter der Nase. Wenn man niesen muss, tropft es. Das Gehirn ist ein sehr empfindliches Organ. Die meisten Leute benutzen es deshalb nur ganz selten! *Belobigter Schulaufsatz aus einer Grundschulklasse.*

LUST AUF LOKALJOURNALISMUS?

Wir suchen Mitstreiter (m/w/d) für unsere ehrenamtliche Redaktion

Die ›Viertel – Zeitung für Stadtteilkultur und mehr‹ erscheint seit 2006 drei Mal jährlich mit Themen für und aus dem »Bielefelder Westen«. Wobei es auch um den Blick über das Quartier hinausgeht und wie sich große Themen, Trends und auch Entscheidungen in Berlin oder Düsseldorf in der Nachbarschaft niederschlagen. Wir legen Wert auf Unabhängigkeit, pflegen das journalistische Handwerk leidenschaftlich und lieben den feuilletonistischen Plauderton.

Das erwartet Dich:

- Recherchieren von Themen
- Schreiben von Artikeln
- Redigieren und Optimierung von Texten
- Enge Zusammenarbeit mit Kolleg*innen aus der Fotoredaktion
- Weiterentwicklung der ›Viertel

Das bringst Du mit:

- Neugier
- Kreativität
- Interesse an Texten und/oder Fotografieren
- Lust auf Austausch und Diskussion

Das bieten wir:

- Journalistisches Know-how
- Umfassende Einarbeitung
- Du wirst Teil eines motivierten Teams
- Grenzenloser Raum für Eigeninitiative und spannende Aufgaben

Wir setzen uns für Diversität, Chancengleichheit und soziale Gerechtigkeit ein. Unterschiedliche Lebenswirklichkeiten und Perspektiven sehen wir als Bereicherung.

Lust bekommen? Dann schreib einfach eine Mail an post@die-viertel.de

Wir freuen uns schon auf das Kennenlernen – in einer Sitzung der ehrenamtlichen Redaktion bei Kaffee, Kuchen und Bier.

IN KÜRZE

Letzte Generation

In der letzten Ausgabe der Stadtteilzeitung ›Viertel‹, sie erschien im Mai 2022, haben wir eine Aktivistin der ›Letzten Generation‹ interviewt. Die Gruppe gastierte damals mit Vorträgen in Bielefeld. Zu diesem Zeitpunkt waren die Aktivistinnen und Aktivisten noch relativ unbekannt. Ihr unterschiedliches Vorgehen mit spektakulären Klebeaktionen standen noch am Anfang. Gruppen wie die ›Fridays for Future – Bewegung‹ oder ›Extinction Rebellion‹ hatten viel stärker die Aufmerksamkeit der Medien und Öffentlichkeit.

Heute ist die ›Letzte Generation‹ in aller Munde. Friedrich Merz vergleicht die Gruppe gar mit den ›Reichsbürgern‹ und drängt darauf, die Klimaschutzaktivisten zu einer »kriminellen Vereinigung« zu erklären. Kleiner Unterschied: Die Reichsbürger will er nicht verbieten lassen.

Was die Beinahe-Putschisten von den Forderungen der ›Letzten Generation‹ unterscheidet und wer Hintergründiges und Authentisches zu den Motiven der Klimaschutzaktivisten erfahren möchte, kann gerne in unserem ›Viertel – Archiv‹ stöbern: Ausgabe 47, Seite 5, zum Nachlesen online unter: www.viertel.de

Ankommen ermöglichen

Mit dem Modellprojekt ›Integrationsbegleiterinnen in Kitas‹ werden zugewanderte Kinder, als auch migrantische Frauen gefördert. Mit einigem Erfolg. Von Ulrich Zucht



FOTO: AWO OWL

Einfach war es nicht für Mouna Akhmass, als sie vor sieben Jahren nach Deutschland kam. Arbeit suchen, die Sprache neu lernen, die andere Kultur verstehen; eine Herausforderung für die 40-jährige Marokkanerin und dreifache Mutter. Zumal nicht anerkannte Bildungsabschlüsse ihr die berufliche Integration erschwerten. Dann entdeckte sie das Angebot der Arbeiterwohlfahrt in Ostwestfalen (AWO OWL).

Gefördert durch das Familienministerium NRW und der Auridis Stiftung startete das Pilotprojekt 2016. Bis Oktober 2022 hatten 108 Frauen aus OWL die von der AWO durchgeführten Schulungen erfolgreich abgeschlossen. Über die Hälfte von ihnen arbeitet danach als Integrationsbegleiterinnen, über 70 Prozent fanden eine berufliche Beschäftigung.

»Die Frauen sind überaus engagiert«, meint Sara Weege, eine der Kursleiterinnen. Sie kommen aus orientalischen Ländern wie Syrien oder dem Irak, aber auch aus osteuropäischen Staaten wie Polen oder Rumänien.

In ihrem neuen Berufsfeld gehen sie vielfältigen Aufgaben nach. Sie bereiten Essen zu und betreuen Kinder beim Spielen. Auch mehrsprachiges Vorlesen und die Begleitung des Kita-Personals gehören zu den Tätigkeiten. Oft werden sie zur Bezugsperson für die migrantischen Kinder und ihre Eltern.

Unterstützung auch für zugewanderte Eltern

Die Leiterin des AWO-Projektes, Franziska Eisenhuth, bestätigt dies: »Ihnen fehlt oftmals die Kenntnis, wie Einrichtungen und

Behörden funktionieren, welche Möglichkeiten es gibt.« Daher schickten einige Familien ihre Kinder gar nicht erst in die Kita. Mit ihrer Kompetenz unterstützen die Integrationshelferinnen jene Eltern bei Behördengängen oder Antragsstellungen und vermitteln Wissen über die neue Heimat.

Eine Mutter drückt das so aus: »Man hat das Gefühl, man muss nicht viel erklären. Es gibt jemand, der die gleiche Luft gerochen hat und die gleiche Erde begangen hat. (...) Man fühlt sich angenommen und verstanden, so wie man ist.«

In den viermonatlichen Unterrichtsteilen werden Kenntnisse zum deutschen Schulwesen, dem Erziehungsverständnis sowie zur Mehrsprachigkeit und Sprachvermittlung vermittelt. Auch Bewerbungstraining und die Vorstellung von Berufsbildern im sozialen Bereich gehören dazu. Danach erproben die Frauen ihr erlerntes Wissen in einem dreimonatlichen Praktikum.

»Insbesondere für die Frauen, die (...) als Integrationsbegleiterinnen arbeiten und häufig selbst Fluchterfahrung haben, ist dies ein erster Schritt in eine Beschäftigung«, so NRW-Familienministerin Josefine Paul.

Mouna Akhmass bestätigt das: »Für mich eröffnet die Fortbildung neue Perspektiven.« Nach einem Jahr in einer Kita in Sieker bildet sie sich zur Kinderpflegerin fort. »Die Integrationsbegleiterinnen bauen ›Brücken‹ für eine gelingende Integration«, resümiert Sara Weege.

Aktuell wird der Ansatz – unterstützt vom Familienministerium – auf weitere Standorte und Träger in NRW ausgeweitet. Seit 2022 hilft die Auridis Stiftung beim Transfer des Projekts auf weitere Bundesländer.

Die Reste werden knapp

In dem Laden ›Restlos‹ am Sigg kann man günstig einkaufen. Doch um Lebensmittelspenden konkurrieren inzwischen viele. Von Charlotte Weitekemper

Mustafa Budumli betreibt mit seinem Verein ›Restlos‹ zwei Läden: einen am Sigg und einen in Schildesche. Mit dem Geld aus dem Verkauf geretteter Lebensmittel finanziert der Verein Bildungsprojekte zu den Themen Nachhaltigkeit und gesunde Ernährung. Die Armutsbekämpfung sei dabei ein schöner Nebeneffekt. Laut Budumli erhielten sie dafür im Gegensatz zu anderen Initiativen keine Unterstützung der öffentlichen Hand. Das verdiente Geld müsse für die Arbeitskräfte, die Transporter und die Miete reichen.

Michael Rogers, ehrenamtlicher Mitarbeiter beim ›Bielefelder Tisch e.V.‹, sieht das anders. Auch sein Verein müsse alles selbst zahlen. »Es ist nicht so, dass die Stadt da mal einen Monat auf die Miete verzichtet«, sagt er. Im Gegenteil: das Sozialamt schicke einfach immer mehr Menschen. Allein dieses Jahr habe sich die Anzahl der Gäste auf bis zu 70 Menschen pro Tag verdoppelt. Eigentlich gäbe es sowieso schon zu wenig Ware. Rogers sieht einen wachsenden Kampf um übrig gebliebene Lebensmittel.

Lebensmittel sollen nicht im Müll landen, sondern weiter verteilt, wieder verwertet und wertgeschätzt werden. On top gibt es das Gefühl etwas Gutes für Mensch und Um-



FOTO: PIXABAY

welt getan zu haben. Wenn nicht wir, wer dann? Wenigstens darin sind sich die Vereine ›Bielefelder Tafel‹, ›Bielefelder Tisch‹ und ›Restlos‹ einig.

Armutsökonomie ohne Rechte

Soziologen bezeichnen das neue System der Verteilung von überschüssigen gespendeten Lebensmitteln auch als Armuts- oder Mitleidsökonomie. Sogenannte »spendenbasierte Existenzsicherungsangebote« bestehen aber eben nicht, weil es ein Recht darauf gäbe. Darauf angewiesene Menschen erhalten sie aus Mildtätigkeit. Im Tausch bleibt jenen dann oft nur ihre Dankbarkeit. Was eigentlich als Umverteilung von Überschüssigem gedacht war, von dem wird politisch und ge-

sellschaftlich schon lange erwartet, fehlende staatliche Hilfe zu ersetzen. In seiner langjährigen Tafel- und Armutsforschung kritisiert der Soziologe Stefan Selke scharf die »sozial erschöpfte Gesellschaft«, die dieses »vormoderne Almosensystem« überhaupt erst möglich mache.

»Jeder Apfel fehlt hier«

Es wäre zwar schön, wenn es Organisationen wie die ›Tafel‹ nicht bräuchte, sagt der Bielefelder ›Tafel‹-Vorstand Thomas Doussier. »Aber die Realität sieht nun mal anders aus – leider.« Inzwischen habe das Problem sogar die Mittelschicht erreicht. Zusätzlich mache ihm die große Konkurrenz durch nicht Organisierte, darunter »sogenannte Lebensmittelretter«, abseits der etablierten Vereine Bauchschmerzen. Von 70 Prozent weniger Spenden als im Vorjahr berichtet er. »Und jeder Apfel fehlt hier.« Auch den seit Oktober 2021 verhängten Aufnahmestopp von Hilfebedürftigen begründet die Tafel auf ihrer Website damit, dass »andere Bielefelder Akteure den etablierten gemeinnützigen Vereinen die Ware vor der Nase wegschnappen.« Doussier versteht nicht, warum es überhaupt solche Mitbewerber brauche.

Verkehrskonzept mit Hindernissen

Die Verkehrskonzepte für den Bielefelder Westen werden rege diskutiert. Aber wohl ohne Folgen, hat Bernhard Wagner herausgefunden.

Ab Februar 2023 soll das Verkehrskonzept für den Bielefelder Westen in den politischen Gremien der Stadt beraten werden. Die Planersocietät aus Dortmund hatte im Auftrag der Stadt gleich drei Varianten erstellt, die nun zur Debatte stehen. Die ersten beiden enthalten zwar einige verkehrsberuhigende Maßnahmen, aber nur die dritte Variante bietet die Chance, den Durchgangsverkehr zumindest teilweise aus dem Viertel herauszuhalten. Neben Temporeduzierungen und dem Wegfall von Parkplätzen würde ein Einbahnstraßensystem dafür sorgen, dass etliche Wohnstraßen nur noch in Schleifen zu befahren wären. Das macht es zwar auch für motorisierte AnwohnerInnen schwierig, bringt aber Ruhe ins Viertel und hilft Fußgängern und dem Fahrradverkehr. Wer mal schnell durch den Westen abkürzen oder die notorischen Staus auf der Stapenhorststraße umfahren will, hat keine Chance mehr. Welches Konzept von den politischen Gremien der Stadt beschlossen wird, steht derzeit noch nicht fest.

Diskussion ohne Folgen

Ende Oktober wurden die Konzeptvarianten auf einer gut besuchten Veranstaltung im Rathaus vorgestellt. Es war die erste Präsenzveranstaltung zum Thema. Rund 280 Bürgerinnen und Bürger hatten sich eingefunden und beteiligten sich rege an der Diskussion.

lediglich eine Informationsveranstaltung gewesen, heißt es vom Amt für Verkehr. Bestenfalls in der Umsetzung könnten noch Vorschläge berücksichtigt werden.

Streit um Parkplätze

Unzufrieden mit der Bürgerbeteiligung ist auch die Initiative Lebenswerter Westen, die sich in der Auseinandersetzung um das Verkehrs- und Parkraumkonzept rund um die Liborikirche einen Namen gemacht hat. Ihr gehen die Planungen des Verkehrskonzepts nicht weit genug. Die Initiative fordert eine Umgestaltung »weg von der Dominanz parkender Autos hin zur Straße als Lebensraum«. Ihre Eingaben und Anfragen an die Stadt blieben aber erfolglos. Deshalb hat die Initiative auf eigene Kosten ein ergänzendes Gutachten in Auftrag gegeben. Fragestellung: Wie kann quartiersfremder Verkehr aus dem Viertel ferngehalten und wie können die Automobile der Anwohner reduziert werden.

Die Parkplatzfrage wurde auch auf der Bürgerversammlung im Rathaus kontrovers diskutiert. Der Bielefelder Westen ist eines der engsten bebauten Quartiere der Stadt. Etwa 10.000 Menschen leben zwischen Bahndamm und Alm. Der sogenannte »Parksuchverkehr« nach dem jetzt schon knappen Parkraum ist immens. Die Verkehrsplaner wollen dem mit Quartiersgaragen und etwas weiter entfernten Parkgelegenheiten entge-



FOTO: UNSPLASH

Nur Schrumpfen hat Zukunft

Die Journalistin Ulrike Hermann will die Klimakrise mit einer Planwirtschaft in den Griff bekommen. Von Silvia Bose

Nur ein Wunder kann das 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens noch retten. Viele glauben noch an den Markt und die Innovationskraft des Kapitalismus. Und wieder andere predigen »grünes Wachstum«. Beides ist für die Autorin und Journalistin Ulrike Hermann keine Lösung. In ihrem Buch »Das Ende des Kapitalismus« führt sie akribisch aus, wie der Kapitalismus zwar enorme Innovationskraft entfaltet und Wohlstand für viele (und für einzelne besonders) generiert. Aber damit das funktioniert, muss die Wirtschaft wachsen – und frisst dabei den Planeten. Daran hat bisher die viel gelobte Innovationskraft nichts geändert – und auch nicht der gepriesene Markt mit seinem Ablasshandel aus CO₂-Emissionszertifikaten.

Weniger hilft mehr

Grünes Wachstum gilt vielen als Lösung. Für Hermann ist dieser Ansatz aber eine Illusion. Denn die erneuerbaren Energien können die fossilen Brennstoffe nicht so ohne weiteres ersetzen. Der Klimaschutz mit dem Umbau der Energieversorgung wird teuer und er wird den Hunger auf Rohstoffe sogar noch steigern. Schon heute verschlingt das Leben eines jeden Bundesbürgers laut Wuppertal Institut jährlich 30 Tonnen Ressourcen. Um die Umwelt nicht zu überlasten, dürften es aber nur noch acht Tonnen sein. Mit diesen 25 Prozent des Materials ist aber kein Wachstum mehr möglich. Wenn das dauerhaft fehlt, nicht mehr investiert wird, die Arbeitslosigkeit steigt und Menschen weniger konsumieren – kommt es zum chaotischen Zusammenbruch der Wirtschaft. Und natürlich kann der Staat bei sinkenden Steuern den grünen Umbau nicht mehr finanzieren.

Dieses Dilemma will Ulrike Hermann lösen mit einer ökologischen Kreislaufwirtschaft, in der nur so viel produziert wird, wie sich recyceln lässt. Damit dieser Rückbau des Kapitalismus geordnet vonstattengeht, soll der Staat steuern und rationieren. Als Vorbild empfiehlt Hermann die britische Kriegswirtschaft ab 1939. In dieser Planwirtschaft blieben die Fabriken, Unternehmen, Läden und Restaurants in privater Hand. Der Staat steuerte über Rohstoffe, Kredite, Arbeitskräfte, Normierungen und ein ausgeklügeltes Punktesystem. Jeder Kunde konnte selbst entscheiden, für was er seine Punkte ausgab – ob nun Süßigkeiten, einen Küchentisch oder Kleider. Damals sank der Konsum um ein Drittel, weil die Wirtschaft auf Rüstung getrimmt wurde. Ähnlich drastisch müsse auch der Konsum in Deutschland sinken, wenn das Klima gerettet werden soll.

Aus für Energiefresser

Richtig ist sicher, dass schon viel Konsumkritik betrieben, aber kaum gangbarer Weg aufgezeigt und volkswirtschaftlich durchdrungen wurde: »Um sich dieses grüne Schrumpfen vorzustellen, hilft es vom Ende her zu denken. Wenn Ökostrom knapp bleibt, sind Flugreisen und private Autos nicht mehr möglich«, schreibt Hermann in der taz. »In einer klimaneutralen Wirtschaft würde niemand hungern – aber Millionen Arbeitnehmer müssten sich umorientieren.«

Fraglich ist, ob Hermanns Weg zum klimaneutralen Wirtschaften in einer viel stärker vernetzten und globalisierten Welt noch so tragfähig ist wie vor gut 80 Jahren. Auffällig ist, dass sie viel Aufwand für die Binsenweisheit betreibt, dass die Menschheit über ihre Verhältnisse lebt, aber ihren Königsweg aus der Klimakrise kaum mehr als zehn Seiten widmet. Viele Fragen bleiben offen. Das Buch endet da, wo es spannend wird. Schade! Aber vielleicht arbeitet Ulrike Hermann ja schon am zweiten Band. Hoffentlich.

»Info« »Das Ende des Kapitalismus. Warum Wachstum und Klimaschutz nicht vereinbar sind – und wie wir in Zukunft leben werden«, Köln, (Kiepenheuer & Witsch) 2022, 24,- Euro



FOTO: STADT BIELEFELD

Dabei wurde auch auf Schwachstellen der Verkehrsplanung hingewiesen. So waren zwar der Durchgangsverkehr zwischen Jölenbecker- und Stapenhorststraße gemessen worden, nicht aber auf der Schloßhofstraße. Viele nutzen diese Route als Abkürzung zur Universität und in die westlichen Wohngebiete. Auch nach dem neuen Konzept ist dieser Durchgangsverkehr noch möglich und betrifft die AnwohnerInnen von Schloßhof-, West-, und Melanctonstraße. Doch die sachkundigen Anregungen der AnwohnerInnen werden wohl nicht mehr in die Planungen einfließen. Die Bürgerbeteiligung sei bereits abgeschlossen und die Versammlung

genwirken. Wo dafür noch Platz sein soll, ist schwer vorstellbar. Konkrete Planungen gibt es noch nicht.

Selbst wenn die städtischen Gremien den großen Wurf wagen, werden die Umbaumaßnahmen aber noch auf sich warten lassen. Vor dem Jahr 2024 rechnet im Amt für Verkehr niemand mit dem ersten Spatenstich. Bis dahin wird die Sperrung der Stapenhorststraße dazu führen, dass der Verkehrs- und Problemdruck im Viertel noch einmal erheblich steigt.

Arzt, Ärztin, Arztmann

Großes I, Unterstrich, Leerzeichen oder Gendersternchen – über gendergerechte Sprache hat die Viertelredaktion viel diskutiert und auch gestritten. Ein Beitrag zur Debatte von Bernhard Wagner

Als Antiquariatsbuchhändler könnte man sich eigentlich entspannt zurücklehnen. Die allgemeine Form oder auch das generische Maskulinum ist in alten Büchern präsent und sichert einen geschmeidigen Lesefluss. Sollten nach dem Duden nun auch literarische Gattungen mit Gendersternchen und großem I versehen werden, haben wir genug alte Ausgaben. Und wer weiß, vielleicht erlebt das Antiquariat dann eine neue Blütezeit.

Das generische Maskulinum lässt sich als allgemeine und männliche Form nur im Kopf oder aus dem Zusammenhang unterscheiden. Wenn die Haustür klemmt und ich rufe einen »Tischler«. Dann meine ich einfach jemanden, der mit Hobel und Stechbeitel umgehen kann und die Tür wieder richtet. Dabei spielt das Geschlecht keine Rolle. Die Aussage: »Meine Cousine hat einen Tischler geheiratet und hat drei Kinder mit ihm«, meint hingegen einen männlichen Tischler. Dass die allgemeine Form einfach von der männlichen abgeleitet wird, sozusagen als *res publica*, ist von feministischen Sprachwissenschaftlerinnen zu Recht kritisiert worden. Das generische Maskulinum stammt aus einer Zeit als »Frau Doktor« eben nicht Doktorin war, nicht einmal studieren durfte, sondern lediglich vom »Herrn Doktor« geehlicht worden war.

Wollen wir durch Gedichte von Goethe oder Tucholsky stolpern?

Andererseits waren die Vorschläge, Sprache gendergerecht umzubauen, bislang nur mäßig erfolgreich. Die Idee des großen I ist schon vor Jahrzehnten entwickelt worden. Sie konnte sich nicht wirklich durchsetzen, weder in der Alltagssprache, noch in literarischen Texten, etwa Romanen, die auf einen glatten Lesefluss angewiesen sind. Gendersterne, großes I, Unterstriche und so weiter lassen uns durch die Texte stolpern. Man soll ja auch stolpern, um sich bewusst zu machen, dass die allgemeine Form eben nicht nur Männer einschließt, sondern alle sexuellen Identitäten. Aber wollen wir durch Gedichte von Goethe oder Tucholsky stolpern?

Die Versuche, das generische Maskulinum weitgehend zu vermeiden, können zu Bedeutungsverschiebungen und Ungenauigkeiten führen. So ist es unproblematisch, wenn bei Diskussionen »Redelisten« statt »Rednerlisten« aufgestellt werden. »Student« hingegen bezeichnet vor allem einen Status. Er ist nicht zwangsläufig ein »Studierender« (vor dem Bologna-Prozess waren es häufig Taxifahrende), und ein Studierender muss nicht eingeschriebener Student sein.

Der eigentliche Konstruktionsfehler der Sprache ist, dass es keine eigene männliche Form gibt. Die aktuelle Debatte will das generische Maskulinum den Männern überlassen und eine neue allgemeine Form mithilfe von Gendersternchen und großem I konstruieren. Darin sollen alle biologischen Geschlechtsidentitäten ihren eigenen Ausdruck

und ihr eigenes Zeichen finden. Früher oder später wird sich die Frage stellen, ob das auch die soziale Realität widerspiegeln kann. Was ist mit Männern oder Frauen, die zwar mit ihrem biologischen Geschlecht zufrieden sind, aber nicht bereit, den gesellschaftlichen Rollenzuschreibungen zu entsprechen? Werden dann weitere Sonderzeichen nötig?

Der Hausmann ist wie ein Jägersmann oder Müllmann

Darum soll hier eine andere Lösung vorgeschlagen werden. Statt in der allgemeinen Form alle enthaltenen sexuellen Identitäten aufzuzählen, könnte das generische Maskulinum vom Maskulinen befreit werden. Die allgemeine Form könnte beibehalten werden, wenn eine neue männliche geschaffen würde. Warum nicht »Studentenmann«, wenn von einem männlichen Studenten die Rede ist? Die Endung ist in der Sprache bereits angelegt. Der Hausmann ist ein geläufiger Begriff, etwas antiquierter der Jägers-

mann oder Müllmann. Das wäre weniger gewöhnungsbedürftig als Sonderzeichen und Sprechpausen, und es wäre näher an der Systematik von Sprache.

Mit der allgemeinen Form drücken wir etwas Neutrales, allen Menschen Gemeinsames aus. Ihre Funktion ist, dass alle gemeint sind, alle Bäcker, alle Politiker, alle Migranten, eben unabhängig von ihren sonstigen Merkmalen oder geschlechtlichen Identitäten. Das sollte auch weiterhin möglich sein.

Eine Identität ist vorrangig etwas Individuelles, und alle sollen das Recht haben, korrekt angesprochen zu werden und ihre Identität sprachlich zum Ausdruck bringen zu können. Also: Arzt, Ärztin, Arztmann, Bürger, Bürgerin, Bürgermann. In einem System, das neben der allgemeinen Form eine weibliche und eine männliche vorsieht, wäre auch Platz für weitere Formen für alle, die sich in diesem binären System nicht wiederfinden.

Ganz allgemein stellt sich die Frage, ob wir mit Identitätszuschreibungen nicht so-

wieso etwas zurückhaltender umgehen sollten. Zuschreibungen sexueller, religiöser, ethnischer oder sonstiger Identitäten sind meist mit Stereotypen auf Seiten der Rezipienten verbunden, denen das Individuum oft nur teilweise oder gar nicht entspricht. Daher spricht einiges dafür Zuschreibungen einmal weniger zu benennen. Warum nicht »Sehr geehrte Erika Mustermann« statt »Sehr geehrte Frau Mustermann« zumal die Anrede Herr in ihrer Doppelbedeutung missverständlich, wenn nicht gar anmaßend ist.

Die Frage ist, ob Sprache in diesem Sinne nicht weniger als mehr Geschlechterzuweisung vertragen kann.

Es gilt eine Sensibilität dafür zu entwickeln, wann und wie wir Identitätszuschreibungen, auch sexuelle, benutzen wollen. Diskriminierungsfreie Bewerbungsverfahren werden anonym, ohne Bild und Namen durchgeführt. Damit Geschlecht, Hautfarbe, Herkunft eben keine Rolle bei der Auswahl spielen. Die Frage ist, ob Sprache in diesem Sinne nicht weniger als mehr Geschlechterzuweisung vertragen kann.

Andererseits, wer seine geschlechtliche Identität betonen möchte, sollte das können. Etwa eine Bauarbeiterin, die in einem klassischen Männerberuf ihre Frau steht, ein Bäckereifachverkäufermann, der einen klassischen Frauenberuf ausübt oder ein Diverser, dessen sexuelle Identität immer noch unter dem Radar der gesellschaftlichen Wahrnehmung liegt.

Mit der Einführung einer männlichen Form und weniger Geschlechterzuweisungen wäre einer gendergerechten Sprache näherzukommen. Das erspart nicht weiteres Nachdenken über Sprache aber doch Sonderzeichen und literarische Stolperfallen. Nun ja, sonst ist da immer noch das Antiquariat.

Reaktionen erwünscht
Über gendergerechte Sprache lässt sich trefflich streiten. Die Redaktion freut sich über Beiträge und Leser*innenbriefe.



FOTO: ANNELIE BUNTENBACH

Impressum

Viertel – Zeitung für Stadtteilkultur und mehr

Redaktion:

Silvia Bose, Klaus Feurich-Tobien, Birgit Gärtner, Bernd Kegel, Martin Speckmann, Bernhard Wagner, Conny Wallrabenstein, Charlotte Weitekemper, Ulrich Zucht (V.i.S.d.P.)

AutorInnen, Mitarbeit:

Annelie Buntenbach

Gestaltung und Layout: Manfred Horn

Druck: Druckerei Matz, Bielefeld

Kontakt, Anzeigen

Viertel - Zeitung für Stadtteilkultur und mehr

c/o BI Bürgerwache e.V. | Rolandstr. 16

33615 Bielefeld

E-Mail: post@die-viertel.de

Internet: www.die-viertel.de

Spendenkonto:

Bank für Sozialwirtschaft

DE80 3702 0500 0007 2120 00

Stichwort: Spende »Viertel«